

## **FSG-GÖD-Schuh zu Flüchtlingserstaufnahmestellen: Landesfürsten sollen Vereinbarungen endlich einhalten**

Utl.: FSG-GÖD-Personalvertreter unterstützen die Bediensteten der  
Flüchtlingserstaufnahmestellen Ost und West =

Wien (OTS/FSG-GÖD) - Der Auflösungsvorschlag der  
Flüchtlingserstaufnahmestellen der Innenministerin Johanna  
Mikl-Leitner wird von den sozialdemokratischen Personalvertretern  
nicht unkommentiert hingenommen.

"Wir stehen hinter unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und  
fordern sofortige Aufklärungsgespräche, so der Vorsitzende der  
sozialdemokratischen Personalvertreter der Sicherheitsverwaltung,  
Anton Schuh. Wenn die Bundesländer nicht willens sind, die  
ausverhandelten Flüchtlingsquoten einzuhalten und zu erfüllen, so  
darf das nicht auf dem Rücken jener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
ausgetragen werden, die diese schwierige und unbedankte Aufgabe  
bisher zur vollsten Zufriedenheit und mit besonderem Engagement  
erledigt haben. Es kann und darf durch dieses Vorhaben keiner und  
keine unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu Schaden kommen oder  
gar den Arbeitsplatz verlieren; wir fordern daher sofortige  
Aufklärungsgespräche. Die Landesfürsten müssen sich endlich an  
ausverhandelte und vereinbarte Quoten halten, auch wenn das aus  
politischer Sicht nicht opportun ist, so Schuh.

Nach der Behördenreform (Zusammenlegung von 31  
Sicherheitsdienststellen auf 9), der Errichtung des Bundesamtes für  
Fremdenwesen und Asyl mit ihren Regionaldirektionen in den  
Bundesländern (Zusammenlegung der Asylämter mit der Fremdenpolizei)  
und zahlreichen weiteren Reformen und Umorganisationen sollten nun  
die Angehörigen der Sicherheitsverwaltung endlich in Ruhe arbeiten  
können und nicht ständig verunsichert werden. Vielmehr sollte man  
über Reformen in den Ländern nachdenken, wenn man die Situation so  
betrachtet. Die nächste Herausforderung, von der die  
Sicherheitsverwaltung abermals massiv betroffen ist, steht ja  
ebenfalls bereits vor der Tür, nämlich die Errichtung des Amtes der  
Bundesregierung, so Schuh. Wir sind für Reformen und Veränderungen  
offen, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen aber nicht zum  
Spielball von politischem Hickhack werden. Die Landeshauptleute  
müssen sich ihrer Verantwortung endlich bewusst werden und

Vereinbarungen auch einhalten, so Schuh abschließend."

~

Rückfragehinweis:

FSG-Vorsitzender Bundesvertretung Hoheitsverwaltung  
Anton Schuh  
Herrengasse 7, 1010 Wien  
Tel: 0664/4626971

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/88/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0090 2014-07-25/13:53

251353 Jul 14

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20140725\\_OTS0090](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140725_OTS0090)